

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Kretz AG (Feldmeilen)

ABSTIMMUNG VOM 26. NOVEMBER ○ FDP-Parolen

2-mal ohne Gegenstimme

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 21. Oktober in Glarus erteilten die Delegierten den beiden AHV-Initiativen und der Umverteilungsinitiative eine klare Abfuhr.

Die Einsparungen, welche die Initianten vortäuschen, verbauen lediglich den Weg für die Armee reform. Anschliessend hielt Präsident Franz Steinegger fest: «Auch wenn sich Bundesrat Pascal Couchepin gegen diese Initiative wehrt, so heisst das nicht, dass er Verteidigungsminister werden möchte.»

Die Initiative des Kaufmännischen Verbandes und der Vereinigung der Ange-

stelltenverbände «für eine Flexibilisierung der AHV – gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen» und jene der Grünen «für eine gekürzte AHV-Rente ab 62 Jahren» hatten bei den Delegierten keine Chance. Bundesrat Villiger zeigte auf, dass es angesichts der demographischen Entwicklung oberstes Ziel sei, dieses wichtige Sozialwerk zu sichern.

Bundesrat Pascal Couchepin stellte vor den Delegierten fest, dass sich die Umverteilungsinitiative klar gegen die Armee stelle.



Parteipräsident Franz Steinegger und der neue Generalsekretär, Guido Schommer, stehen den Medienleuten Red und Antwort. (Bilder rus)

Parolen

- NEIN VI «FÜR EINE FLEXIBILISIERUNG DER AHV – GEGEN DIE ERHÖHUNG DES RENTENALTERS FÜR FRAUEN»
- NEIN VI «FÜR EIN FLEXIBLES RENTENALTER AB 62 FÜR FRAU UND MANN»
- NEIN UMVERTEILUNGSINITIATIVE
- NEIN VI «FÜR TIEFERE SPITALKOSTEN»
- JA NEUES BUNDEPERSONALGESETZ

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Interview mit dem scheidenden und dem neuen Generalsekretär **6+7**
- Unter dem Titel «Permanenter Wahlkampf» bietet die FDP Schweiz zwei Bildungsmöglichkeiten für Kandidatinnen und Kandidaten **8+13**
- Zu den Abstimmungsvorlagen vom 26. November finden Sie Stellungnahmen auf den Seiten **10, 15, 16**



Die Glarner Kantonalsekretärin, Alice Disch, dankte Generalsekretär Johannes Matyassy für die gute Zusammenarbeit während der letzten Jahre.



Nachdem Guido Schommer von der Präsidentenkonferenz einstimmig zum neuen Generalsekretär der FDP Schweiz gewählt worden war, gratulierte ihm GS-Mitarbeiterin Doris Wobmann zu seinem Amt.

BESUCHSBERICHT  Expo in Hannover

Die Schweiz existiert, aber sie zeigt sich nicht

Während meines letzten Aufenthalts in Deutschland habe ich auch die Expo in Hannover besucht, an einem etwas typisch trüben, aber nicht unfreundlichen Tag. Mag sein, dass das Wetter meine Empfindungen beeinflusst hat, aber bei unserem berühmten Schweizer Pavillon konnte ich nicht so richtig warm werden, auch nicht nach mehrmaliger Besichtigung.

VON NATIONALRAT
HAJO LEUTENEGER,
Zug

Zweifellos besticht Zumthors Werk in mehrfacher Hinsicht, so in Form, Werkstoff und Machart. Die Äusserung unseres Bundespräsidenten: «Die Schweiz existiert!» trifft damit durchaus zu. Der Auftritt scheint gegenüber Sevilla eine positive Entwicklung zu sein, was ich allerdings nicht selbst beurteilen kann, weil ich damals nicht dort war. Es hatte aber an der Expo auch andere Pavillons, die positiv auffielen, so etwa jene von Finnland, Ungarn, Tschechien und der Türkei, um nur solche aufzuzählen, bei welchen der Werkstoff Holz besondere Beachtung fand.

Gefühl der Enge

Die Konstruktion des Schweizer Pavillons hat ihren Preis, nicht nur bei den nicht ganz unbescheidenen Kosten. Er weist kaum grössere Räume auf, wodurch sich ein Gefühl der Enge entwickelt. Das spär-



liche Licht scheint diesen (gewollten?) Effekt noch zu verstärken. Nimmt man auf einer der nicht allzu häufigen Sitzgelegenheiten Platz, sieht man sich unweigerlich einer Holzwand gegenüber, welche nur durch zwar raffiniert projizierte, für Laien aber kaum informative Satzfragmente «illustriert» wurde.

Nach allen Seiten offen

Der Schweizer Pavillon war einer der wenigen (zumindest unter den benachbarten europäischen), an welchen

man nicht anstehen musste. Dies könnte eine Folge davon sein, dass es nicht einen klar definierten Ein- und Ausgang gab, sondern dass der Pavillon auf alle Seiten offen ist. Vielleicht gibt es aber auch andere Gründe...

So sah man denn auch die Besucher unseren Pavillon gespannt und von allen Seiten her betreten. Viele wussten allerdings gar nicht, wer sich hier präsentieren wollte. Und viele der Besucher verliessen das Labyrinth auch bereits nach kurzer Zeit wieder, eher

verwirrt, nachdem sie einen der vielen Ausgänge wieder gefunden hatten. Von unserem Land haben sie weder viel gesehen noch eine besondere Botschaft mitgenommen, weil auch nicht viel gezeigt wurde. Unser Auftritt war bescheiden. So bescheiden, weil wir uns offenbar kaum zu erkennen geben mussten und auch sonst kaum irgendwie auf unser Land aufmerksam machen wollten. Uns kennt man ja, nicht? Oder haben wir wirklich nichts zu zeigen?

Unser Klangkörper wurde am 26. Juli durchaus von Musik erfüllt. Ein Dialog mit den Musikern kam aber infolge verweigerter Antwort gar nicht zustande, was im Einklang mit der im Vergleich zu andern Ländern wenig freundlichen Begrüssung stand.

Kein Ort des Verweilens also. Gilt das auch für unser Land? Ich empfinde dies hier glücklicherweise anders, als es in Hannover gezeigt wurde. ■

Lehren für die Expo 02

Entgegen vielen Medienberichten fand ich den Expo-Besuch insgesamt interessant und lohnend. Es war eine Ausstellung, an welcher man sich international präsentieren konnte und sollte. Ich hoffe, dass die Schweiz dies an der kommenden Expo 02 nachholen wird. Hannover ist bereits eine verpasste Chance. Ich hatte das Gefühl, als hätte «Lothar» hier bereits seinen Schatten vorausgeworfen. Das Bild der Schweiz in Hannover: Wir haben zu viel Holz, dies aber originell, ordentlich und platzsparend gestapelt.

Wir haben nicht nur dieses Holz zu verarbeiten, sondern darüber hinaus offenbar noch mehr. Schade, dass wir in Hannover nicht mehr zeigten, uns nicht zu erkennen gaben!

FRÜHENGLISCH ◉ Ein weiteres Element des lebendigen helvetischen Mosaiks

Gefahr für den Zusammenhalt?

Die Identität der Schweiz ist weder ethnisch noch sprachlich begründbar. Wir sind eine Nation trotz – oder vielleicht gerade wegen – sprachlichen, kulturellen und konfessionellen Verschiedenheiten. Diese Unterschiede machen unsere gemeinsame Identität aus.

VON FDP-NATIONALRÄTIN
MAYA LALIVE D'EPINAY,
BÄCH (SZ)



In der Schweiz treffen, wie Hans Tschäni im «Profil der Schweiz» ausführt, drei der wichtigsten Sprachkulturstämme Europas zusammen: der französische, der deutsche und der italienische. Die Persönlichkeit eines jeden dieser Stämme ist so ausgeprägt und die Tradition so gewichtig, dass die Begegnung während Jahrhunderten zu keiner gegenseitigen Durchdringung führte; die Sprachgrenzen haben sich kaum wesentlich verschoben. Die drei Stämme leben neben- und miteinander im gleichen Staatsverband in gegenseitiger Sympathie und Antipathie. Insofern ist die Schweiz wohl nicht dieses fragile Gebilde, diese zerbrechliche Willensnation, wie es so gerne und oft beschworen wird – vor allem, wenn Veränderungen anstehen.

Vermittlungsziele für Französisch und Englisch sind unterschiedlich

Die Schweiz hat ein Netz robuster, verwurzelter und gut arbeitender Institutionen, die den Zusammen-

halt, die Kohäsion, immer wieder neu bestätigen und stärken. Eine ganz wichtige Funktion kommt dabei den Schulen zu. Die Diskussion um die Einführung von Frühenglisch in der Grundschule hat sich denn auch auf die Frage zugespitzt, ob Englisch als erste Fremdsprache den Zusammenhalt eher stärkt oder schwächt. Während vor allem welsche Politiker in der Einführung von Frühenglisch ein Auseinanderbrechen der Sprachregionen sehen, begründet der Zürcher Erziehungsdirektor die Massnahme mit dem Hinweis auf die Gefahr einer sich abzeichnenden Zweiklassengesellschaft, wenn tendenziell nur privilegierte Kinder früh mit Englisch in Kontakt kommen. Dass hüben und drüben nicht vom gleichen Zusammenhalt gesprochen wird, mag vielleicht ein Zeichen dafür sein, dass weder die eine

noch die andere wirklich in Gefahr ist.

In der aktuellen Diskussion erstaunt, wie wenig Gewicht alles in allem den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Vertreter, der Eltern, beigemessen wird. Es ist unbestritten – sowohl in der Westschweiz wie in der Deutschschweiz –, dass

Frühenglisch von Eltern- und Kinderseite ganz klar befürwortet wird. Die Gründe liegen auf der Hand: Es geht beim Anliegen nach Frühenglisch nicht wie etwa aus Schweizer Sicht beim Französischen um das Verständnis

eines Kulturkreises, in diesem Falle des angelsächsischen, sondern um das Verstehen einer Weltsprache, wozu dem sich Englisch, ob wir das befürworten oder nicht, entwickelt hat. Daher steht beim Englischen nicht das Verständnis um den Kulturkreis im Vordergrund (allein schon die Wahl des Kulturkreises würde uns heute vor grosse Probleme stellen), sondern es geht schlichtweg um die Beherrschung einer Sprache, die von allen Kulturen dieser Welt gleichermaßen selbstverständlich gesprochen wird und in einer globalen Gesellschaft wie das ABC zur Grundausrüstung gehört. Und weil die Vermittlungsziele für Englisch und Französisch in diesem Punkt so unterschiedlich sind, darf und wird das Englisch das Französisch in der Schweiz auch nicht aus den Schulen verdrängen; es setzt nur, weil es um etwas so Grundlegendes wie das allgemeine Verstehen geht, früher ein.

Bildungsbedürfnis: Frühenglisch für alle

Neben dem Respekt vor den verschiedenen Kulturen ist der gemeinsame Wohlstand ein nicht zu unterschätzender Kitt für unseren nationalen Zusammenhalt. Diesen Wohlstand haben wir erreicht, weil wir eine Willens- und Lernnation sind. Eine Lernnation nicht nur, weil wir eine beachtliche Integrationsleistung als Resultat eines beständigen Lernens erreicht haben; wir schaffen es auch immer wieder, uns erfolgreich in der Wirtschaft dieser Welt zu integrieren. Dass hier gutes und damit frühes Englisch in den Schulsack der Kinder der ganzen Schweiz gehört, ist eine Frage, die in unserer Bevölkerung positiv entschieden wurde. Eine Bildungspolitik, die an den Bildungsbedürfnissen der Bevölkerung vorbeizieht, käme ihrer Aufgabe nicht nach. Englisch ist deshalb ein weiteres Element des lebendigen helvetischen Mosaiks. Freuen wir uns darüber!

RANDBEMERKUNG

So bitte nicht!

rus. Seit Jahren wird in Weiterbildungskursen für Kandidatinnen und Kandidaten eingehämmert, wie man in Podiumsdiskussionen mit dem politischen Gegner umgehen soll. Anlässlich der Delegiertenversammlung in Glarus bekamen wir es 1:1 demonstriert, wie man es nicht machen sollte.

Sei es in der Diskussion zu den beiden AHV-Vorlagen oder zur Umverteil-

lungsinitiative; am Schluss hatten unsere politischen Gegner das Wort.

Obwohl alle Delegierten schon zu Beginn der Delegiertenversammlung wussten, dass sie alle drei Initiativen ablehnen, konzentrierten wir uns darauf, den sozialdemokratischen Podiums-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern Frage um Frage zu stellen.

Dies hatte folgende Konsequenzen: Unsere

Gegenspieler erhielten dadurch mehr Redezeit. Sie bekamen von uns Bälle zugespült, die sie im Sinne eines Trainingspiels beantworteten lernten, um für nächste Podien gerüstet zu sein. Zudem bekamen sie am Schluss nochmals einen Auftritt, weil sie noch nicht alle (zu viele) Fragen beantwortet hatten. Sie hatten das Schlusswort!

Lehre: Immer die eigenen Leute fragen und nicht den Gegner. Nur so erhalten unsere Leute eine längere Redezeit!

BUNDESPRÄSIDENT  *Bedauerlicher Rücktritt von Adolf Ogi*

FDP verlangt getragene Persönlichkeit

Die FDP bedauert den Rücktritt des amtierenden Bundespräsidenten Adolf Ogi. Als volksnaher und liberal politisierender SVP-Bundesrat war ihm die Unterstützung der FDP stets gewiss. Die FDP dankt ihm für das immense Engagement, mit dem er sich für die Schweiz eingesetzt hat. Ogi ist eine herausragende Integrationsfigur für alle Schweizerinnen und Schweizer geworden.

Die FDP bedauert den Rücktritt des bewährten und beliebten Bundespräsidenten Adolf Ogi. In seinen dreizehn Amtsjahren hat Ogi zuerst als Verkehrs- und Energieminister, dann als sicherheitspolitisch Verantwortlicher viel bewegt und grosse Projekte wie die Neat und die zweite Stufe der Armeeform in Gang gesetzt. Als Bundespräsident lief Adolf Ogi in seinen beiden Präsidentschaftsjahren zur Höchstform auf. Bedauerlich ist die Tatsache, dass Bundespräsident Adolf Ogi zurücktritt, bevor die Projekte Armee XXI und Revision des Militärgesetzes

(Bewaffnung zum Selbstschutz der Schweizer Soldaten im freiwilligen Auslandseinsatz) unter Dach sind. Der Zeitpunkt des Rücktritts ist persönlich nachvollziehbar, politisch weniger. Die FDP wird unabhängig von Rücktritt und Nachfolgeregelung die zwei grossen sicherheitspolitischen Projekte mit voller Kraft weiterziehen.

Die FDP hält Kurs: Für die Zusammensetzung des Bundesrates ist weiterhin die Zahl der Parlamentsmandate massgebend. Die wesentlichen politischen Kräfte der Schweiz sollen in die Regierungsverantwortung

eingebunden sein. Als Voraussetzung gilt, dass die politischen Grundwerte, welche die Schweiz ausmachen, von allen Bundesratsparteien mitgetragen werden. Die SVP-Unterstützung der wirtschafts- und fremdenfeindlichen 18-Prozent-Initiative erzwingt hier ein Fragezeichen. Die FDP akzeptiert von einer Bundesratspartei zudem keine grundsätzliche Oppositionshaltung gegenüber dem schweizerischen politischen System.

Die FDP verlangt für die Nachfolgeregelung, dass die SVP qualifizierte und kompetente Persönlichkeiten vorschlägt, die Gewähr bieten, dass sie in der Kollegialbehörde loyal mitarbeiten. Zweitens verlangt die FDP den Vorschlag von Persönlichkeiten, welche von der SVP wirklich getragen werden.



Kürzlich fühlte sich der Bundespräsident, beim Freisinnigen Presseverband, sichtlich wohl. (Bild rus)

VORANZEIGE

Freisinnige tagen am 13. Januar 2001 in Olten

Am 13. Januar 2001 treffen sich die Delegierten der FDP Schweiz in Olten, um die Parolen für die nächste Abstimmung zu fassen.

Im Sinne einer Voranzeige möchte die Geschäftsleitung der FDP Schweiz nicht nur die Delegierten auf den Samstag, 13. Januar 2001, aufmerksam machen. Auch die Kantonssekretäre und Kantonal-

präsidenten sind aufgerufen, sich den Freitag, 12. Januar, zu reservieren.

Die Einladungen werden nach Bekanntgabe der Abstimmungsthemen durch die Bundeskanzlei, mit den nötigen Unterlagen, an alle Delegierten aus den Kantonen verschickt.

deutsch français

www.fdp.ch

Besuchen Sie

Wenn Augen Antworten suchen.
Für eine Aussprache mit Hilfe
Blickt im Freisinnigen und
Blickt im Freisinnigen und

unsere neue

homepage!

Willkommen bei der
Freisinnig-Demokratischen Partei

Bienvenu au
Parti Radical-Démocratique

FDP  **PRD** 

GLARUS ◉ *Rückblick auf die politische Arbeit 2000*

Höhepunkt – bilaterale Verträge

Mit Genugtuung konnte Parteipräsident Franz Steinegger, zu Beginn seiner Ansprache, auf die politische Tätigkeit der FDP im Jahre 2000 zurückblicken. Dies fiel ihm nicht sonderlich schwer, fanden doch die freisinnigen Parolen bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern hohe Akzeptanz.

rus. Franz Steinegger hielt aber auch fest, dass es verfehlt wäre, unter diesem Gesichtspunkt zurückzulehnen. Mit «Der Kampf geht weiter» unterstrich er die Ziele der FDP-Spitze.

Achse der Offenheit

Am Beispiel einer glühenden Eisenstange zeigte Steinegger auf, dass die Militärgesetzrevision erkennen lässt, wie sich Extrempositionen biegen lassen, um sich näher zu kommen. So gesehen wird die Diskussion zu diesem Thema zwischen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GsoA) und der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) das Volk noch beschäftigen.

Neben dieser Links-Rechts-Achse gibt es eine Achse der Offenheit. Diese Rolle hat die FDP zu übernehmen.

Herausforderung für die FDP

Dass die FDP weiterhin aufgefordert ist, auf Stabilitätspolitik zu setzen, zeigt sich an folgenden Beispielen: Zum einen will die SVP Zürich den Linken den Rang ablaufen, wenn sie Altersabonnemente bei den VBZ und AHV/IV-Beihilfen verlangt, zum andern aber hat die neue Chefin der SP Schweiz deutlich gemacht, dass sie eine linke Politik betreiben möchte. Wenn für das Wohl der Landeskinder aber am besten

durch Staatseinrichtungen gesorgt wird, so stellt sich für Freisinnige die Frage: «Darf man dies als Service public bezeichnen?»

Bereit für die Wahlen 2003

Mit einem Blick in die Zukunft hielt Franz Steinegger fest: Wir wollen die Stabilität fortsetzen. Die Fiskalquote ist zu stabilisieren und tendenziell zu senken, ohne aber Wahlgeschenke zu verteilen. Trotz allen Veränderungen bleibt die Stabilität ein erfolgskritischer Faktor. Stabilität kann aber nur mit Veränderungen erreicht werden. Mit Blick auf die Wahlen 2003 schloss er seine pointierten Aussagen mit dem Satz: Sicherheit gibt es nur durch Erneuerung.



Die Grussworte der Glarner Regierungsrätin Marianne Dürst-Kundert galten nicht nur...



...dem Präsidenten der FDP Schweiz, Franz Steinegger, sondern ebenso...



...den interessierten Frauen...



...und gutgelaunten Männern.

(Bilder Martina Züger)

Wichtige FDP-Ziele:

- Die faktische Vollbeschäftigung von heute muss aufrechterhalten bleiben.
- Die Sozialwerke müssen langfristig gesichert werden.
- Die schulische Bildung und die Ausbildung ist den Anforderungen der modernen Gesellschaft anzupassen.
- Die FDP sorgt dafür, dass die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur vorgenommen werden.
- Die rechtsstaatliche Demokratie muss ihre Normen durchsetzen.

INTERVIEW  *Rückblick mit Johannes Matyassy*

FDP-Partitur umsetzen

rus. Vor knapp vier Jahren hat Johannes Matyassy die Aufgabe als Generalsekretär der FDP Schweiz angetreten. Rückblickend lautete die erste Frage des «Freisinns» an den nunmehr scheidenden Generalsekretär:

IN WELCHER FUNKTION SAHEN SIE SICH DAMALS?

Matyassy: Ich sah mich als Mitglied eines grossen Orchesters.

SIE WOLLTEN ALSO NICHT GLEICH DEN TAKTSTOCK ÜBERNEHMEN?

Nein. Es ging mir darum, die FDP-Partitur, zusammen mit den einzelnen «Musikerinnen und Musikern», optimal umzusetzen.

DABEI SPIELTEN SIE ABER ALS GENERALSEKRETÄR NICHT IRGEND EIN INSTRUMENT DER ZWEITEN ODER DRITTEN STIMME?

Bestimmt hatte ich innerhalb dieses Ensembles eine Sonderaufgabe. Wenn wir beim Orchester bleiben, so waren es verschiedene Instrumente, welche es zu beherrschen galt.

WAR DAS PAPIER «UNSERE SCHWEIZ 1999–2007» – AN WELCHEM SIE MASSGEBLICH BETEILIGT WAREN – DIE PARTITUR, NACH WELCHER DAS FDP-ORCHESTER IN DEN NÄCHSTEN JAHREN ZU SPIELEN HAT?

Ja, denn hier handelt es sich um ein ausgereiftes und zukunftsorientiertes Papier, das Visionen, Ziele und Schwerpunkte so zusammenfasst, dass unsere Partei in der Folge vorwärts kommt.



«Wenn die Schritte auch klein sind, wichtig ist, dass es vorwärts geht.»

VORWÄRTS KOMMEN – IN WELCHEN BEREICHEN?

In den verschiedensten Bereichen. Wenn die FDP als Ganzes – ich bleibe gedanklich beim Orchester – diese Ziele umsetzt und damit bei der Zuhörerschaft ankommt, so können wir nicht nur die Mitgliederzahl steigern, sondern auch den Wähleranteil. Diese Stärkung erleichtert uns die Umsetzung unserer Ideen auf allen politischen Ebenen.

BIS HEUTE KONNTEN ABER IN DEN KANTONEN KAUM ERFOLGE ERZIELT WERDEN.

Wenn man die Wahlen in die Legislative betrachtet,

didatinnen und Kandidaten sehr gut abgeschnitten. Offensichtlich haben wir in diesem Orchester sehr gute Solisten.

SIND SIE DAMIT ZUFRIEDEN?

Nachdem der Gedanke der Erneuerung bei den Mitgliedern angekommen ist, gilt es den zweiten Schritt zu tun. Wir müssen jetzt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern klarmachen, dass wir unsere Ziele nur zusammen mit ihnen umsetzen können.

GERADE JETZT, VOR DIESEM WICHTIGEN SCHRITT, VERLASSEN SIE DIE PARTEI, UM DIE SCHWEIZ ZU VERMARKTEN.

Sosehr ich mich auf meine neue Aufgabe bei der «Präsenz Schweiz» freue, so sehr schmerzt es mich, diesen zweiten Schritt nicht mehr mit der Partei tun zu können.

ENTSCHEIDEND FÜR IHRE NEU-ORIENTIERUNG WAR ALSO NICHT DAS «PRODUKT», DAS ES AN DEN MARKT ZU BRINGEN GILT?

ist dies teilweise richtig. Bei Wahlen in die Exekutive, in den Kantonen GR, SG, SH und BS, haben unsere Kan-

Nein, sowohl die FDP als auch die Schweiz sind Produkte, welche sich gut vermarkten lassen.

WAS GEBEN SIE IHREM NACHFOLGER FÜR EINEN TIPP, UM DEN ZWEITEN SCHRITT ZÜGIG UND ERFOLGREICH UMSETZEN ZU KÖNNEN?

Ich werde mich hüten, die «graue Eminenz» zu spielen. Mein Nachfolger weiss genau, was er antritt, und es ist ihm auch bekannt, dass der «schnelle Erfolg» in der Politik schwer zu realisieren ist.

WENN DER SCHNELLE ERFOLG AUCH KAUM MÖGLICH IST, WAS WÜNSCHEN SIE IHREM NACHFOLGER?

1. Eine nach aussen geschlossen auftretende Fraktion und Partei.
2. Dass das Motto «Permanenter Wahlkampf» – auf allen Ebenen – in die Tat umgesetzt wird.

WIR DANKEN IHNEN FÜR IHREN BISHERIGEN EINSATZ FÜR DIE PARTEI UND WÜNSCHEN IHNEN IN IHRER NEUEN AUFGABE VIEL FREUDE.



Johannes Matyassy im Gespräch mit einer Nidwaldner Delegation. (Bilder und Interview Ruedi Schläpfer)

INTERVIEW ◊ *Ausblick mit Guido Schommer*

Nicht irgendein Arbeitgeber

NACH NAHEZU VIERJÄHRIGER TÄTIGKEIT ALS PRESSECHIEF DER FDP SCHWEIZ WURDE (AM 20. OKTOBER) DER 28-JÄHRIGE GUIDO SCHOMMER VON DER PRÄSIDENTENKONFERENZ ZUM GENERALSEKRETÄR GEWÄHLT. SCHOMMER TRITT SOMIT IN DIE STAPFEN SEINES BISHERIGEN CHEFS. DIE ERSTE FRAGE DES «FREISINNS» LAUTETE WIE FOLGT: «GLAUBEN SIE, DASS JOHANNES MATYASSY AUF GRUND DIESER MEHRJÄHRIGEN ZUSAMMENARBEIT DARAUf VERZICHTETE, IHNEN TIPPS ZU GEBEN?»

Schommer: Wir haben jetzt noch zwei Monate Zeit, um die Übergabe vorzubereiten. Die vergangenen Jahre haben mir gezeigt, wie der Laden läuft und wo auch die Probleme liegen.

SIE SAGEN: «WO DIE PROBLEME LIEGEN.» ES GIBT ABER AUCH DAS «WIE». GIBT ES HIER GRUNDLEGENDE ÄNDERUNGEN ZU ERWARTEN?»

Schommer: Ich habe viele Ideen. Aber das Umfeld – Geschäftsleitung, Fraktion, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Generalsekretariat und in den Kantonen – bleibt ja. Wir werden unsere Ideen gemeinsam verwirklichen.

TROTZDEM. IRGENDWAS WERDEN SIE DOCH VERÄNDERN?»

Schommer: Nach aussen wird die konsequente Durchsetzung des optischen Auftritts der FDP spürbar sein. Logo, Schriften, Farben und die Gestaltung unserer FDP-Drucksachen müssen in der ganzen Schweiz vereinheitlicht werden. Die elektronische Vernetzung unserer Partei muss einen sehr hohen

Stand erreichen. Das Dienstleistungsangebot soll noch ausgebaut werden.

DER FDP-SLOGAN WIRD ALSO HEISSEN: FARBE BEKENNEN.

Schommer: Auch wenn wir die Wahlen 2003 mit einem neuen Slogan angehen, «Farbe bekennen» wird weiterhin ein Muss für die Partei sein.

GLAUBEN SIE, DASS DER OPTISCH GESCHLOSSENE AUFTRITT DER FDP DAZU FÜHRT, DASS AUCH DIE FRAKTIONEN AUF KANTONALER UND EIDGENÖSSISCHER EBENE GESCHLOSSENER ZUSAMMENSTEHEN?»

Schommer: Da gibt es wohl keinen Automatismus. Die Tatsache aber, dass sich die Innerschweizer Kantonalparteien von den «Liberalen» zu den «Freisinnigen» umgetauft haben, scheint mir eine deutliche Willenskundgebung in diese Richtung.

NACH IHRER WAHL ZUM GENERALSEKRETÄR ERKLÄRTEN SIE, DASS SIE DIESE AUFGABE NICHT ALS «ARBEIT» BETRACHTEN. WIE IST DAS ZU VERSTEHEN?»

Schommer: Die FDP ist für mich nicht irgendein Arbeitgeber. Ich will mit meinem Team einen Beitrag leisten, dass die FDP wieder in die Offensive gehen kann. Neben Erfolgen in Abstimmungen wollen wir auch in den Parlamenten und Exekutiven an Sitzen zulegen – so wie wir dies z. B. in Graubünden, Baselstadt und Schaffhausen schaffen. ■



Parteipräsident Franz Steinegger gibt Guido Schommer bekannt, dass er von der Präsidentenkonferenz zum Generalsekretär gewählt wurde.



Freudig stellte sich der neue Generalsekretär der Presse.



Die Gratulationen kamen von allen Seiten – hier von der Baselbieter Parteipräsidentin Sabine Pegoraro. (Bilder und Interview Ruedi Schläpfer)

FDP-Academy young_politics

Donnerstag/Freitag, 23./24. November 2000

Donnerstag, 23. November 2000: young_politics (part one)

Eintreffen, einchecken	ab 14.30 Uhr	Teilnehmer (individuell)
Begrüssung, Zielsetzung, Inhalte und Ablauf der Veranstaltung	15.00– 15.10 Uhr	Stefan Costa, Moderator
Die Jungfreisinnigen Schweiz: ■ Strukturen und Inhalte ■ Parteien vs. young_politics: Ein Widerspruch?	15.10– 16.10 Uhr	Bernhard Schürch, Präsident Jungfreisinnige Schweiz
young_politics aus der Sicht des Trendforschers: ■ Gibt es überhaupt eine «junge Politik»? Politik ausserhalb bestehender Strukturen?	16.10– 17.10 Uhr	Reto Wüthrich, Inhaber und Leiter der Trendagentur pepper.ch in Zürich
Pause 17.10–17.40 Uhr		
E-Politics und E-Government ■ Möglichkeiten und Grenzen	17.40– 19.00 Uhr	Bruno Hofer, Senior Manager PriceWaterhouse- Coopers
Nachtessen 19.00 Uhr		
www.designNet.ch (Rahmenprogramm) ■ Design Center ■ Design-Preis Schweiz Designers Saturday	20.15– 21.15 Uhr	Edith Zankl, Geschäftsleiterin Design Center Langenthal
Anschliessend Ausklang		

Freitag, 24. November 2000: young_politics (part two)

«Beruf: Exekutiv-Politiker» Praktische Erfahrungen und Tipps eines Berufspolitikers	8.30– 9.30 Uhr	Hans-Jürg Käser, Stadtpräsident Langenthal
Parlamentarierleben: Erfahrungen als Mitglied des Nationalrates in Bern und des Europarates in Strassburg	9.30– 10.45 Uhr	Ernst Mühlemann, Ex-Nationalrat TG
Pause 10.45–11.15 Uhr		
young_politics und Presse ■ Workshop mit den Machern von «visiun dialog»	11.15– 12.45 Uhr	Rolf Walker, Redaktion «visiun dialog»
Mittagessen, anschl. Zeit zur freien Verfügung, Gruppengespräche, Auswertung 1. Seminarteil usw.	13.00 Uhr	
Start FDP-Academy	15.00 Uhr	

Diverses

- Tagungszentrum: Design Center
Alte Mühle
4900 Langenthal
Telefon (062) 923 03 33
Fax (062) 923 16 22
www.designnet.ch
- empfohlene Hotels
in walking distance:
(bitte individuell reservieren!)
Hotel Bären
St.-Urban-Strasse 1
4900 Langenthal
Telefon (062) 919 17 17
Fax (062) 919 17 18
Hotel Dreilinden
Weststrasse 90
4900 Langenthal
Telefon (062) 922 94 22
Fax (062) 923 24 35

- Kontaktperson: Stefan Costa
FDP Schweiz
Neuengasse 20 / Postfach 6136
3001 Bern
Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
costa@fdp.ch

Kosten: Fr. 125.–

Anmeldung

bis 10. November an das Sekretariat der FDP Schweiz,
Fax (031) 320 35 00, Postfach 6136, 3001 Bern, oder gs@fdp.ch

Name/Vorname: _____

PLZ/Ort: _____

Unterschrift: _____

**Design Center, Alte Mühle
4900 Langenthal**

KOLUMNE

Der gesponserte Wilhelm Tell



Die Abendsonne vergoldete die Jungfrau. Das Postkartenbild passte zur glänzenden Stimmung, die

den Jahreskongress der Schweizer Presse in Interlaken prägte. Und erst noch soll es schöner werden. Dies ist die Absicht des Schaffhauser SP-Nationalrates Hans-Jürg Fehr. Er will eine wirksamere Presseförderung.

Seit Jahren besteht die Hilfe in Taxvergünstigungen. Die Post hat sie mit rund 90 Millionen Franken berechnet, die vom Bund jährlich als gemeinwirtschaftliche Leistung abgegolten werden.

Ob damit das Ziel einer vielfältigen und unabhängigen Presse – vor allem auf regionaler und lokaler Ebene – erreicht wird, ist skeptisch zu beurteilen. Experten vermuten wettbewerbsverzerrende

Wirkungen. Die Förderung hat Pressekonzentrationen nicht verhindert. Das Verlangen nach griffigeren Massnahmen ist verständlich.

Doch vor der Überlegung, wie eine Effizienzsteigerung bei der Presseförderung gelingen könnte, kommt die Frage, ob es überhaupt einer Presseförderung bedarf. Es ist keineswegs zwingend, einfach deshalb neue Einsatzmethoden zu ersinnen, weil schon 90 Millionen im Spiel sind. «Faites vos jeux!» oder «Rien ne va plus!» ist durchaus eine Alternative.

Grundsätzlich ist zwar die Feststellung richtig, dass die Presse – pathetisch ausgedrückt – den «Bannwald der Demokratie» bildet. Sachlicher formuliert: Die Zeitungen tragen bei zur Information und Meinungsbildung. Sie üben eine wichtige Kontrollfunktion

aus. Das sind gerade in der Demokratie unerlässliche Leistungen. Ihre Glaubwürdigkeit hängt ab von der Kompetenz und Unabhängigkeit vielfältiger Verlage und Redaktionen.

Allerdings muss eine wesentliche Bedingung erfüllt sein, damit aus der Theorie eine gelebte Praxis wird: die Zeitungen benötigen eine Leserschaft. Sie zu gewinnen und zu halten, ist schwierig genug. Tag für Tag haben die Zeitungen zu beweisen, wie sehr sich die Lektüre lohnt. Die Nichtleser verlangen eine immense Überzeugungsarbeit. Das Internet fordert strategisch heraus.

Das alles ruft nach verlegerischem Schwung und redaktioneller Kraft, und zwar gleichgültig, ob eine Zeitung leichtere oder anspruchsvollere Inhalte pflegt.

Ist eine staatliche Presseförderung fähig, solche Impulse auszulösen und kontinuierlich zu stärken? Kann der Staat bei Verlagen und Redaktionen das «feu sacré» entzünden und auf Dauer

unterhalten? Bewegt er zu Innovationen?

Der Staat kann Strukturen erhalten. Er kann den Glauben an den Ist-Zustand festigen, nicht aber den Glauben an die Zukunft wecken. Subventionen bringen Sand ins Getriebe der unternehmerischen Initiative. Sie lähmen als Sorglosprämien.

Wer sich um das Morgen der Zeitungen kümmert, muss sich um genügend Leserinnen und Leser kümmern. Da hilft eine eidgenössische Presseförderung nichts. Ganz abgesehen davon, dass private Medien für ihre Finanzierung auf die Eigenverantwortung verpflichtet sind. Staatlich subventionierte Pressefreiheit ist eigentlich so absurd wie der Gedanke, die Savoyer hätten Wilhelm Tell gesponsert.

*Alex Bänninger, Publizist,
Präsident des Freisinnigen
Presseverbandes
der Schweiz, Zürich*

T O P
F I F T Y

Interims-Management der Spitzenklasse

Top Fifty AG, Management
Bahnhofstr. 28, 6300 Zug
Tel. 041 729 80 47
Fax 041 729 80 41
www.top50.ch
c.vonah@top50.ch

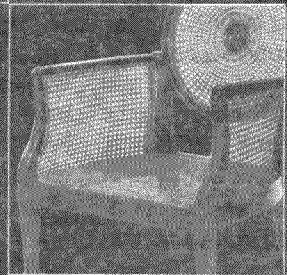
Behindertenwerk St. Jakob



Jacqueline Hauser:
«Froh zu sein bedarf es wenig, wer auf ihm sitzt, ist ein König.» Oder die Freude an alter Handwerkskunst.



Traditionelles Know-how im St. Jakob!
Die bei uns praktizierten Flechttechniken reichen zurück bis zu den robusten Rohrstuhlstützen Charles II. 1670 und erstrecken sich über die Chippendale-Epoche, das Viktorianische Zeitalter des Bergère-Stuhles bis in die moderne Zeit des Michael Thone.



Konzleistrasse 18, 8026 Zürich
Telefon 01 - 295 93 93, Fax 01 - 295 93 95

ABSTIMMUNG ◉ Umverteilungsinitiative

Unverteidigte Räume stellen ein Vakuum dar

VON STÄNDERÄTIN
VRENI SPOERRY,
HORGEN

Bei der Auseinandersetzung mit der Umverteilungsinitiative stellen sich zunächst zwei grundsätzliche Fragen. Brauchen wir eine glaubwürdige Armee, und wenn Ja, warum? Ist eine Verteidigungsarmee ein Kriegs- oder ein Friedensinstrument?

Meine Antwort auf die erste Frage lautet: Ja, wir brauchen eine Armee, und zwar auch dann, wenn glücklicherweise keine akute kriegerische Bedrohung auszumachen ist. Risiken bestehen dennoch. Wir leben in einer dicht bevölkerten Welt, wo für viele die Ressourcen jeglicher Art unzureichend sind. Dies ist eine Tatsache mit einem grossen Konfliktpotenzial. Unverteidigte Räume stellen ein Vakuum dar, das Gefahr läuft, aufgefüllt zu werden, wenn man sich dagegen nicht ausreichend zur Wehr setzen kann.

Zum zweiten ist die schweizerische Verteidigungsarmee kein Kriegsinstrument, sondern ein Friedensinstrument. So wie wir im zivilen Leben eine Rechtsordnung brauchen, die notfalls mit Sanktionen sicherstellt, dass die Freiheit, die Integrität und das Eigentum des anderen respektiert werden, so brauchen wir auch im militärischen Bereich eine Instanz, welche Territorium und Bevölkerung vor Übergriffen schützt und Aggressoren klare Grenzen setzt. Diese friedensfördernde Dissuasivwirkung kommt aber nur



zum Tragen, wenn eine Armee so ausgerüstet und geschult ist, dass sie ihren Verteidigungsauftrag glaubhaft wahrnehmen kann.

Handlungsfähigkeit sichern

Dies sicherzustellen, braucht Geld. Dabei ist klar, dass der Aufwand bei einer abgeschwächten Bedrohungslage abnehmen kann und in der Schweiz auch massiv abgenommen hat. Seit 1990 wurden die Ausgaben für die Landesverteidigung real um rund ein Drittel reduziert und sind heute mit knapp 5 Mrd. Franken nominell auf dem Stand des Jahres 1987. Damit kommen wir an eine Grenze, die ohne Schwächung der Dissuasivwirkung nicht mehr willkürlich unterschritten werden kann. Und vor allem kann man keinen zahlen-

mässig beschränkten Betrag in der Verfassung dulden, der dem Land jegliche Flexibilität nehmen würde, auf veränderte Situationen oder Bedürfnisse mit der erforderlichen Schnelligkeit zu reagieren. Genau das aber würde mit der Umverteilungsinitiative geschehen.

Die Initiative will bekanntlich die Ausgaben für die Landesverteidigung auf der Hälfte des Standes von 1987 einfrieren und lediglich noch den Teuerungsausgleich gestatten. Wäre die Initiative bereits in Kraft und würde man seit 1987 eine durchschnittliche Jahresteuierung von 2% annehmen, so dürfte das VBS heute über einen Betrag von 3,14 Mrd. verfügen. Das wären gerade noch 6,6% der gesamten Bundesausgaben. Im Budget 2000 beansprucht die Landesverteidi-

gung 10,5% der Ausgaben, nachdem dieser Anteil im Jahr 1987 noch 19,8% ausgemacht hat. Dieser massive Rückgang der Militärausgaben am Gesamtbudget des Bundes ist eine Folge der veränderten Situation in Europa und der wachsenden Bedürfnisse in anderen politischen Bereichen. Eine nominelle Halbierung des Betrages gemäss Initiative erlaubt aber nicht mehr, eine modern ausgerüstete und gut ausgebildete Armee zu unterhalten. Dann wäre es ehrlicher, sie ganz abzuschaffen, was ja wohl auch das eigentliche Anliegen der Initianten sein dürfte.

Finanzpolitisch unhaltbar

Die Initiative führt finanzpolitisch zu unhaltbaren Ergebnissen. Einerseits verhindert der massiv reduzierte Betrag, den wir

weiterhin für das Militär ausgeben würden, eine Armee, die diesen Namen glaubwürdig verdient. Es wäre also schlecht investiertes Geld. Und zum anderen würden die Steuerzahler durch diesen Abbau nicht entlastet. Das frei werdende Geld würde nicht eingespart, sondern soll für andere Aufgaben ausgegeben werden, schwergewichtig für internationale Friedenspolitik, wo der Bund allerdings bereits einen beachtlichen Einsatz erbringt. Des Weiteren soll ein Konversionsfonds von 1 Mrd. Franken geäufnet werden, der die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für die im Militärbereich abgebauten Stellen ermöglichen müsste. Die Erfahrung dürfte uns allerdings gelehrt haben, dass staatliche Stützungen keine nachhaltigen Arbeitsplätze schaffen. Auch hier drohen also Fehlinvestitionen.

Schaden weit grösser als Gewinn

Wir brauchen eine Armee. Diese hat sich dem veränderten Umfeld durch reale Ausgabenkürzungen angepasst. Diese Flexibilität muss für die Zukunft erhalten bleiben. Die Initiative dagegen schneidet ihr in ihrer Starrheit die Luft ab. Die Folgen wären klar: Die Landesverteidigung würde existenziell geschwächt. Aber der Steuerzahler hätte davon keinen Gewinn. Neue Ausgaben mit fraglicher Wirkung würden geschaffen. Das ist eine falsche Prioritätensetzung, die eine klare Absage verdient.

MEDIENPOLITIK ◉ Anmerkung zur Motion von Nationalrat Christoph Mörgeli

Runter von den Barrikaden!

In der Herbstsession reichte Nationalrat Christoph Mörgeli eine Motion ein, «Freiheit und Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen», in der er einen radikalen Umbau der schweizerischen Medienordnung fordert. So soll die SRG gänzlich vom Staat abgekoppelt, von ihrem Leistungsauftrag entbunden und den privaten Anbietern gleichgestellt werden. Zudem will der Motionär dem Staat verbieten, Radio- und Fernsehgebühren zu erheben. Als ehemaliger Mitinitiant der Volksinitiative «für mehr Wettbewerb im Medienmarkt» habe ich Verständnis für die Motive, welche zum erwähnten Vorstoss geführt haben. Dennoch möchte ich nachfolgend darstellen, weshalb Purismus in der aktuellen Mediendiskussion gerade aus liberaler Sicht wenig zweckdienlich ist.

VON FDP-NATIONALRAT
PETER WEIGELT,
ST. GALLEN

Die Anfang der neunziger Jahre lancierte Medien-Initiative zielte klar auf mehr Markt, doch das Volksbegehren wurde vor allem von traditionellen Verlagshäusern, welche um ihre Inserateerträge fürchten, bekämpft. Auch die privaten Lokalradios machten gegen mehr Markt mobil, da sie einerseits um ihre Splittinggelder und andererseits um den Abfluss von Werbegeldern in die Radioprogramme der SRG fürchten. Schliesslich mobilisierte auch die SRG so massiv gegen die Initiative, dass sich die Initianten zu einer Strafanzeige gezwungen sahen. Obwohl gescheitert, hat die Medien-Initiative wenigstens erstmals aufgezeigt, wie weit der helvetische Medienfilz über die SRG hinaus in Verlagshäuser, private Programmanbieter und politische Parteien hineinreicht.

Politische Zielsetzung heisst Reform der SRG

Vor diesem Hintergrund ist es blauäugig, in puristischer Form medienpolitische Forderungen aufzustellen, welche weit über das gescheiterte Initiativbegehren hinausgehen. Dies gilt umso

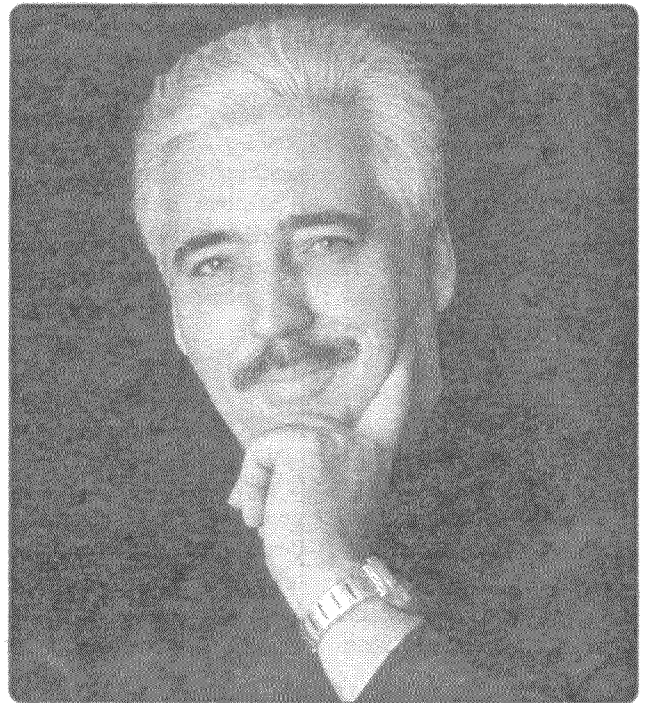
mehr, als die Entwicklungen im Medienmarkt nicht Schwarzweiss-Lösungen erfordern, sondern in sich abgestimmte, langfristig tragfähige Konzepte. Konzepte, die den Bedürfnissen der Regionen genauso gerecht werden wie den rasanten Veränderungen des Kommunikationsmarktes der Zukunft. Konzepte aber auch, die das Quasimonopol der SRG nicht einfach gegen ein Kartell internationaler Medienkonzerne austauschen. Konkret steht nicht die Zerschlagung der bestehenden SRG im Vordergrund, sondern deren radikaler Umbau. Aus dem Verein SRG, der sich krampfhaft ein föderalistisch-demokratisches Mäntelchen erhalten will, ist eine moderne Unternehmung zu gestalten. Dabei ist die Politik radikal zurückzubinden und den einzelnen Unternehmenseinheiten mehr Verantwortung zuzuweisen. Schliesslich gilt es darauf hinzuweisen, dass eine Marktordnung geschaffen werden muss, die für alle Wettbewerber Transparenz und Berechenbarkeit gewährleistet.

Konzessionsgelder für konzessionierte Veranstalter

Das duale System, welches der Bundesrat in seinem

Aussprachepapier zur anstehenden Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) im Februar 2000 verabschiedet hat, nimmt eine solche Marktordnung teilweise auf. Dabei darf aber nicht im Sinne des Bundesrates einfach zwischen öffentlichrechtlichen und privaten Veranstaltern unterschieden werden. Vielmehr muss in Veranstalter mit einer Konzession und damit mit einem staatlichen Leistungsauftrag und in Veranstalter mit einer Bewilligung, welche von staatlichen Auflagen entbunden sind und sich an den Werberegeln gemäss europäischem Standard orientieren, unterschieden werden.

Diese Trennlinie hat auch bezüglich der Gebührenfrage Gültigkeit, sollen doch Gebührgelder nur noch an jene Veranstalter verteilt werden, die auf der Basis einer Konzession staatliche Auflagen erfüllen. Veranstalter mit einer Bewilligung wären künftig vom Gebührenkuchen ausgeschlossen, womit die Verteilung von Splittinggeldern nach heutiger Regelung ausgeschlossen wäre. Die in der Motion Mörgeli geforderte völlige Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren ist weder sachgerecht noch im Interesse



der privaten Programmanbieter.

Unabhängiger Medienfonds als Kontrollorgan

Bleibt die Frage, wer in einem solchen System für die Kontrolle der Konzessionsauflagen und damit für die Ausschüttung der Gebührgelder verantwortlich zeichnet. Da die Zwangsgebühren für Radio- und Fernsehkonsumenten fiskalischen Charakter haben, ist deren Verwendung durch ein unabhängiges Organ im Sinne der Oberaufsicht permanent zu überprüfen. Um diesen Auftrag objektiv und kompetent gewährleisten zu können, ist ein unabhängiger Medienfonds zu errichten, welcher analog zur ComCom als unabhängiges Fachorgan funktioniert. Eine der zentralen Aufgaben des Medienfonds wäre nebst der Überprüfung des Erfüllungsgrads der Konzessionsauflagen auch die Auszahlung der im Fonds geäußerten

Gebührgelder. Als Massgrösse für die Gebührenzuweisung an die konzessionierten Veranstalter dient der Erfüllungsgrad der definierten Konzessionsauflagen. Ein so ausgestaltetes duales System ist nicht nur ordnungspolitisch konsequent, sondern angesichts der internationalen Marktentwicklung auch längst überfällig, allen strukturerhaltenden Bemühungen der SRG zum Trotz.

Wenn wir uns im Zukunftsmarkt der Medien- und Kommunikationsbranche als Volkswirtschaft profilieren wollen, so ist ein konstruktives, innovatives Nebeneinander gefragt, nicht Ausgrenzung, Besitzstandwahrung, Machterhalt oder ideologischer Grabenkampf. Das duale System steht so gesehen für eine zukunftsorientierte kommunikative Schweiz, welche den Service public sichert, ohne dabei die Chancen einer wettbewerbsorientierten, innovativen Informationsgesellschaft zu beschneiden. ■

KVG ◊ Genug Erfahrungen, um zu handeln

FDP will Drei-Säulen-Konzept für moderne Gesundheitsversorgung

Die Krankenkassenprämien steigen. Der Prämienspirale ist ein Ende zu setzen. Zu diesem Zweck braucht es eine moderne Gesundheitsversorgung, die auf drei Säulen basiert: Obligatorische Krankenpflege-Grundversicherung fürs medizinisch Notwendige, Zusatzversicherung für alles Übrige und zuoberst die individuelle Selbstverantwortung.

Das gewohnte Bild: Die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung steigen schon wieder, diesmal um 5,5 Prozent. Hauptursache dafür sind der Verzicht auf Wettbewerbselemente und anreizorientierte Kon-

zepte, die zur Anspruchslast statt zur Versicherungsmoralität führen. Die vom eidgenössischen Departement des Innern (EDI) vorgelegten Lösungsvorschläge sind zwar prüfenswert, aber insgesamt bei weitem nicht

ausreichend, um die grundsätzlichen Probleme des KVG zu lösen.

Die FDP ist der Ansicht, dass mit dem seit 1996 geltenden Krankenversicherungsgesetz (KVG) genug Erfahrungen gemacht werden konnten, um nun zu handeln. Die FDP schlägt ein Drei-Säulen-Konzept vor, um endlich die Prämien für alle zu stabilisieren:

■ **Individuelle Selbstverantwortung:** Anreize für eine gesunde Lebensweise und Krankheitsprävention und Förderung des Be-

wusstseins der Versicherung als Risikodeckung.

■ **Bezahlbare Krankenpflege-Grundversicherung:** Leistungskatalog, orientiert am medizinisch Notwendigen, Leistungen nach KVG-Regeln, wirtschaftlich, zweckmässig und wirksam erbracht. Vertragsfreiheit zwischen Leistungserbringern und Versicherern bei einem Verbot von willkürlichen einseitigen Ausschlüssen. Ablösung der Spitalsubventionierung durch Beiträge an die Behandlungsfälle.

■ **Fakultative individuelle Zusatzversicherung:** Die Einschränkung des obligatorischen Leistungskatalogs schafft Raum für attraktive Zusatzversicherungen.

Die FDP wird ihr Drei-Säulen-Konzept demnächst detaillierter vorstellen. Damit soll die Zeit der kleinen, kaum kostenwirksamen Anpassungen beim KVG beendet werden. Die Gesundheitspolitik soll nach einem klaren, überschaubaren und transparenten Konzept neu organisiert werden.

Prinzip Zukunft
Elektromobile

Mobil sein bedeutet frei sein.
Strom schont die Umwelt
und gibt deiner Freiheit eine
neue Qualität.

SCHWEIZER ELEKTRIZITÄT
Der Draht mit Zukunft

www.strom.ch

Aktive liberale Nidwaldner

pd/FDP. Für die Steuerstopp-Initiative, die im vergangenen Jahr gestartet wurde, haben sich die Nidwaldner Liberalen am stärksten eingesetzt.

Sie haben von allen FDP-Kantonalparteien – im Verhältnis zur Mitgliederzahl – am meisten Unterschriften gesammelt. Dies war denn auch der Grund, wieso die FDP Schweiz eine Gruppe liberaler Frauen und Männer zu einem Besuch in Bern einlud. Nach der Begrüssung durch Generalsekretär Johannes Matyassy führte Nationalrat Edy Engelberger seine Partei-Kolleginnen und -Kollegen durch das Bundeshaus, um

die interessanten Debatten im Stände- und Nationalrat verfolgen zu können. Vor dem offerierten Mittagessen traf sich die Gruppe im Café Federal zu einem Apéro mit Ständerätin Marianne Slongo.

Gleichzeitig konnten die Liberalen aus dem Urkanton in Bern FDP-Luft schnuppern. Diese bekam ihnen sehr gut, haben sie doch im Sinn – ähnlich wie die Luzerner und Schwyzer Liberalen –, ihre Kantonalpartei in FDP Nidwalden umzutaufen. Diese Namensänderung soll während der Produktionszeit des «Freisinns» (26. Oktober) stattfinden. ■



Ständerätin Marianne Slongo (links) nutzte – zusammen mit Nationalrat Edy Engelberger – das Gespräch mit ihren Landsleuten. (Bild rus)

Die Fachhochschule am Scheideweg

Einladung zu einer Arbeitstagung des Bildungsausschusses der FDP Schweiz

Diese Einladung richtet sich an alle, die am Tagungsthema interessiert sind.

Samstag, 11. November 2000, 9 Uhr, in der Universität Bern, Hochschulstr. 4

Tagungsthema: «Die Fachhochschulen an der Wegscheide»

Programm

9.00 Uhr	Kaffee und Gipfeli
9.30 Uhr	Begrüssung und Einführung durch Ständerätin Christiane Langenberger, Präsidentin des Bildungsausschusses
9.40 Uhr	Aktuelle Fragestellungen
10.00 Uhr	Entwicklungsperspektiven für die Fachhochschulen Eric Fumeaux, Direktor des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT)
10.00 Uhr	Fokus 1: Fachhochschulen: Bindeglied zwischen Universität und Wirtschaft Leitung: Ständerätin Christine Beerli
	Fokus 2: Fachhochschulen: Profilierung tut not! Leitung: Stephan Bieri
	Fokus 3: Fachhochschulen: Bessere Qualität für Lehre und angewandte Forschung Leitung: Nationalrat Johannes Randegger
11.00 Uhr	Round Table: Moderation: Christiane Langenberger Redner: Christine Beerli, Johannes Randegger, Eric Fumeaux und Stephan Bieri
12.00 Uhr	Mittagessen / Organisation der Gruppen

12.45 Uhr	Gruppenarbeit zu den Fokusthemen 1–3
14.15 Uhr	Präsentation der Arbeit Gruppe 1: Christine Beerli
14.25 Uhr	Präsentation der Arbeit Gruppe 2: Stephan Bieri
14.35 Uhr	Präsentation der Arbeit Gruppe 3: Johannes Randegger
14.45 Uhr	Zusammenfassung der Tagung: Christiane Langenberger

Anmeldung

bis 3. November an das Sekretariat der FDP Schweiz,
Fax (031) 320 35 00, oder Postfach 6136, 3001 Bern.

Name/Vorname:

PLZ/Ort:

Unterschrift:

DAS TOP-ANGEBOT FÜR FDP-LESER/INNEN



Ueli Signer,
Nachfolger von Josef Hirt

Entdecken Sie das Geheimnis erfolgreicher Menschen

Das Geheimnis des Erfolges liegt ganz woanders, als allgemein geglaubt wird.

Es kommt nicht nur auf das **WIE** an, sondern weit mehr noch auf das **WARUM**: Auch hier gilt das Gesetz von Ursache und Wirkung. **Nur wer einige ganz bestimmte Lebensgesetze kennt, denen ausnahmslos jeder untersteht, vermag bewusst das zu verursachen, was zum dauerhaften Erfolg führt.**

Die neue Hirt-Methode vermittelt Ihnen diesen neuen Denkansatz. Sie lehrt, wie Sie Ihre vorhandenen Kräfte und Mittel am wirkungsvollsten einsetzen und worauf Sie Ihre Stärken konzentrieren sollen. So erzielen Sie Erfolge, von denen Sie früher kaum zu träumen wagten.

95 % der Teilnehmer erzielten einen Zeitgewinn



Eine pädagogische Untersuchung von Prof. Dr. Ernst Müller, Leiter unseres wissenschaftlichen Beirats, bestätigt, dass mit der Hirt-Methode nebst wesentlichen Vorteilen vor allem Zeit gewonnen wird. 2'000 Teilnehmer haben einen Fragebogen ausgefüllt. Das Resultat war verblüffend: 52 % der Teilnehmer gaben an, mindestens 10 % Zeit gewonnen zu haben, 43 % verzeichneten gar einen 20 - 30%igen Zeitgewinn.

Das sind Ihre Vorteile:

1. Sie gewinnen 20 - 30 % mehr Zeit
2. Sie lernen, die Kraft Ihres Unterbewusstseins zu nutzen
3. Sie steigern Ihr Selbstbewusstsein und werden die Motive menschlichen Verhaltens verstehen
4. Sie schöpfen Ihr Kreativitätspotential aus und erkennen Probleme als Chance
5. Sie bauen dem Zufall goldene Brücken
6. Sie können Ihre Leistung und Ihr Einkommen erheblich steigern
7. Sie erfüllen sich Ihre Wünsche und verwirklichen Ihre Visionen

Sie profitieren ein ganzes Leben lang von der Hirt-Methode

Wer die Hirt-Methode beherrscht, wird seine Ziele klarer erkennen und hat die besten Voraussetzungen, erfolgreich zu werden, und zwar ein ganzes Leben lang.

Über 80'000 erfolgreiche Teilnehmer seit 46 Jahren

Seit 46 Jahren stellt die Hirt-Methode Selbstverwirklichung, beruflichen und privaten Erfolg sowie Lebensfreude in den Mittelpunkt. Diese Zahl ist beeindruckend. Über 80'000 Personen haben seit Bestehen der Hirt-Methode am Kurs teilgenommen und vielfältig davon profitiert.

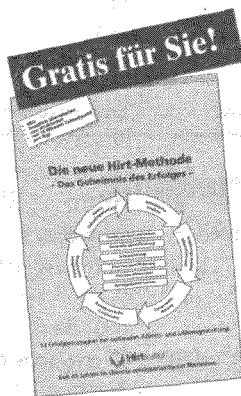
Informations-Broschüre

Fordern Sie jetzt Ihre Gratis-Broschüre "Die neue HIRT-METHODE - das Geheimnis des Erfolges" mit unstenstehendem Gutschein an:



Winterthurerstrasse 338, 8062 Zürich
Tel.: 01 321 10 20, Fax: 01 321 34 18
hirt@hirt-institut.ch, www.hirt-institut.ch

Gratis-Informations-Gutschein für Sie!



Ja, ich will mehr wissen über die neue HIRT-METHODE. Bitte senden Sie mir die kostenlose 20seitige Informations-Broschüre mit den 12 Strategien für beruflichen und privaten Erfolg. Ich gehe damit keine Verpflichtung ein und brauche auch nichts zurückzusenden.

Name/Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

Tel.-P: Tel.-G:

Beruf: Geb.-Jahr:
Ddpp001

Heute noch einsenden an: Hirt Institut AG, Winterthurerstrasse 338, CH-8062 Zürich
http://www.hirt-institut.ch

Nur 15 Minuten täglich für Ihren Erfolg!

Alle sprechen von der AHV

Die zweite Säule ist nach dem Kapitaldeckungsverfahren konstruiert, das heisst, während der aktiven Arbeitsphase wird Kapital gespart, mit dem bei Pensionsbeginn eine Rente bis ans Lebensende finanziert werden muss. Der Arbeitgeber hat keine Nachschusspflicht, und es ist auch kein Umlageverfahren vorgesehen, wo die Aktiven mit ihren Beiträgen die Renten bei allfälliger Teuerung aufbessern müssen. Aus diesen Gründen muss die Finanzierung der zweiten Säule von Gesetzes wegen ganz klar geregelt werden. Und zwar muss bei Pensionsbeginn für den Destinatär, wie bei einer Lebensversicherung mit Einmalanlage, genügend Kapital bereit sein, um damit eine Leibrente finanzieren zu können.

Die zukünftige Teuerung muss berücksichtigt werden!

Laut «Finanz und Wirtschaft» betrug die durchschnittliche Teuerung in den letzten 25 Jahren 2,8% jährlich, also sollte für die Berechnung der Renten ein Teuerungsausgleich geplant werden. Wir können die Aktiven nicht noch mehr belasten, die Kranken-, AHV- und Pflegekosten sind jetzt schon gross genug, und die Tendenz ist steigend!

Es muss eine klare buchhalterische Trennung von Geldern der Aktiven und Passiven vorgeschrieben werden, wobei bei Rentenbeginn das notwendige Kapital in einen Rentenfonds zu überweisen ist. Allfällige Schwankungsreserven müssen ebenfalls dem Rentner gutgeschrieben und sollten in einen Rentenanpassungsfonds ausgeschieden werden. Aus diesem Fonds können Teuerungszulagen finanziert werden.

Bis jetzt ist es so, dass die meisten Kassen eine Witwenrente von 60% bezahlen, dies ist eine Diskriminierung der Frauen. Es drängt sich hier eine Neuregelung auf, vor allem wenn das Alter der Ehepartner etwa gleich gross ist. Bei grossem Altersunterschied ist eine Abstufung gerechtfertigt, oder es sollte für den Destinatär eine Lösung mit einem Pensionskassen-Einkauf ermöglicht werden, um eine höhere Rente zu finanzieren. Bei Heirat im Rentenstand, mit einer jungen Frau, ist die Rente entsprechend dem Rentenskapital zu berechnen, im Zeitalter der Gleichberechtigung kann verlangt werden, dass die Frau arbeitet und ihre eigene Rente finanziert.

Alle Erträge, die mit den Rentenfonds erzielt werden, müssen diesen zwingend gutgeschrieben werden. Jetzt ist es so, dass der Stiftungsrat über die Verwendung der erzielten Performance entscheidet, das heisst, er kann die gesamten Erträge ausschliesslich den Aktiven buchen, was dazu führt, dass der Arbeitgeber und die Arbeitnehmer weniger oder gar keine Einzahlungen leisten müssen, und die Rentner gehen leer aus. Ich betrachte dies als Diebstahl an den Rentnern! Denn wenn es in Zukunft vielleicht wieder Teuerung gibt und die Wirtschaft in eine Rezession abgleiten sollte, dann werden sich die Aktiven und Arbeitgeber weigern, den Rentnern mit ihren Beiträgen die Teuerung zu finanzieren.

Die Rentner müssen nach heutigem Gesetz nicht im Stiftungsrat vertreten sein. Bei der demographischen Entwicklung werden immer mehr Rentner immer weniger Aktiven gegenüberüberstehen. Also muss von Gesetzes wegen eine Vertre-

tung der Rentner im Stiftungsrat vorgeschrieben werden. Nur so kann Einfluss auf die Anlagepolitik der Kassen gewonnen werden. Heute sind die Rentner dem Stiftungsrat ausgeliefert.

Wenn ein Rentenbezüger stirbt und noch Restkapital vorhanden ist, was eigentlich bei einer gesunden Kasse der Normalfall sein müsste, dann sollte das allfällige Restkapital gedrittelt werden:

- ein Teil gehört den aktiven Destinatären;
- ein Teil sollte an die direkten Erben überwiesen werden;
- bei deren Fehlen, wie mit dem dritten Teil, soll der Rentenanpassungsfonds gespeist werden.

Man kann sich auch fragen, ob nicht die Macht der Stiftungsräte etwas beschnitten oder den Destinatären mehr Freiheit zugestanden werden sollte, in-

dem etwa ein Viertel der vorgeschriebenen Beiträge in eine vom Destinatär frei gewählte Lebensversicherungsgesellschaft oder in eine andere, offene Pensionskasse eingezahlt werden kann. Es könnte so jeder wenigstens über einen Teil seiner «Zwang-Sparkapitalien» selbst verfügen und ein höheres oder kleineres Risiko wählen. Eventuell könnten die Kassen auch verschiedene Anlagestrategien für die Destinatäre anbieten. Dies, um die Kassen einer gesunden Konkurrenz auszusetzen.

Falls es bei einem Firmenbankrott oder bei einer Geschäftsübernahme zu einer Liquidation der Pensionskasse kommen sollte, bietet die vorgeschlagene, klare Trennung Vorteile. Nach der heutigen Regelung entscheidet in diesem Fall nämlich der Stiftungsrat nach eigenem Gutdünken über die Aufteilung der Ka-

pitalien, und die Rentner dürften das Nachsehen haben, da sie ja nicht im Stiftungsrat vertreten sind, und es bestehen keine klaren Vorschriften, wie das Kapital zu entflechten ist.

Regieren heisst vorausschauend agieren

Denken Sie bitte, regieren ist vorausschauend handeln, und mit der vorgeschlagenen Minimallösung kann verhindert werden, dass die zweite Säule nicht die gleichen Probleme wie die AHV bekommt, denn eine allfällige, künftige Teuerung und die weiter steigende Lebenserwartung sind bei der heutigen Lösung zu wenig berücksichtigt. Wir sollten bei der zweiten Säule die Fehler, die bei der AHV-Finanzierung gemacht wurden, vermeiden und jetzt die Weichen vorausschauend richtig stellen.

Roland Heinzer,
Frauenfeld

AUS DEN KANTONEN

Graubünden: Wenn die Post abgeht

Im Zollfreiparadies Samnaun fanden Parteien lange keinen Boden. Doch bei den Gemeinderatswahlen Ende Oktober konnten die 500 Stimmberechtigten erstmals eine richtige Parteiliste einlegen – jene der im April gegründeten FDP-Sektion Samnaun. Doch die bisher bestimmenden Familien haben ihre Finger weiterhin in Spiel. Die Hangl-Familie, bekannt durch den früheren Super-G-Weltmeister Martin Hangl, war mit Thomas Hangl im Parteivorstand und mit Andreas Hangl auf der Wahlliste vertreten. Kandidat für das Gemein-

depräsidium war ein anderer: Posthalter und FDP-Gründer Ludwig Jenal.

Basel-Stadt: FDP als Sieger

Die baselstädtischen Wahlen hinterliessen unterschiedliche Gefühle. Während die Jungen und die Frauen für ihren Einsatz schlecht belohnt wurden, konnten die Bürgerlichen mit ihren Ergebnissen zufrieden sein.

1715. Nicht nur bei den Regierungsratswahlen, sondern auch bei den Wahlen in den Grossen Rat hat die FDP Basel-Stadt gut abge-

schnitten. Überhaupt war das Wahlwochenende vom 22. Oktober für die bürgerlichen Parteien erfolgreich. Fünf bürgerliche Regierungsräte wurden bereits im ersten Wahlgang gewählt, während die SP-Frauen und ein SVP-Vertreter sich in einer zweiten Runde um die noch offenen Sitze streiten werden.

Bei den Grossratswahlen sah es für die FDP anfänglich nach zwei Sitzgewinnen aus. Quasi im letzter Minute stibitzte die SP der FDP im Westen noch einen Sitz weg, so dass nur ein Sitzgewinn gelang. Dieses erfolgreiche Abschneiden ist umso erstaunlicher, als vier Vakantzen neu besetzt werden mussten.

FDP-FRAUEN ◊ Zur Umverteilungsinitiative

Was geht das uns Frauen an?

Bei der Abstimmungsvorlage vom 26. November geht es nicht nur um die Armee. Die Halbierung der Ausgaben würde auch den Zivilschutz und die wirtschaftliche Landesverteidigung betreffen!

VON ANDREA R. TRÜMPY, GLARUS

Die Initianten der Umverteilungsinitiative (UMVI) möchten die Ausgaben für unsere Landesverteidigung gemäss Stand 1987 innerhalb von zehn Jahren halbieren. Ein Drittel der eingesparten Beträge möchten sie für internationale Friedenspolitik einsetzen. Die Initiative will nicht sparen. Sie will – ihr Name sagt es – umverteilen!

Mit einem Konversionsfonds sollen die verlorenen Arbeitsplätze abgedeckt werden. Die Initianten geben zu, dass es mit der Annahme der UMVI ca. 6000

Beschäftigte geben würde, die ihren Arbeitsplatz verlieren würden, und dass davon speziell Randregionen betroffen wären. Der verlangte Konversionsfonds von einer Milliarde Franken würde die negativen Folgen nur unwesentlich lindern. Ob neue marktorientierte und langfristige Arbeitsplätze (Ersatz) geschaffen werden könnten, ist zu bezweifeln. Zudem wäre die Schaffung eines solchen Fonds ein problematischer Eingriff in unsere Wirtschaft.

Die Landesverteidigung (Zivilschutz, wirtschaftliche Landesversorgung und Armee/Militär) hat eine zentrale Staatsaufgabe zu erfüllen. Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik ist die Grundlage dazu. Die drei Aufträge der Armee dienen dem Ziel:

- Leisten eines Beitrages zur internationalen Friedensunterstützung und Krisenbewältigung;

Der ehemalige Uno-Generalsekretär Dag Hammarskjöld hat einmal gesagt: «Peace keeping is not a job for soldiers. But soldiers are the only ones can do it.»

Als Mutter eines Offiziers und eines Unteroffiziers liegt mir die Sicherheit, nicht nur meiner Söhne (und Töchter), am Herzen; ein Anliegen, welches wohl viele tausend weitere Frauen und Mütter in der ganzen Schweiz mit mir teilen.

Wir Frauen kommen in verschiedenen Bereichen täglich mit Fragen der Sicherheit in Kontakt, und die Sicherheit unserer Kinder kann uns nicht egal sein.

Legen wir am 26. November zur Umverteilungsinitiative ein überzeugtes Nein in die Urne!



- Sicherstellung von Verteidigung und Schutz bei einer direkten militärischen Bedrohung;
- Unterstützung bei der Verhütung und Bewältigung existenzieller Gefahren.

Unsere Armee leistet diese Aufträge täglich. Die schrecklichen Unwetterkatastrophen im Wallis und im Tessin haben uns den effizienten Einsatz von Armee und Zivilschutz einmal mehr deutlich vor Augen geführt.

Bewaffnete Konflikte und besondere Lagen der inneren Sicherheit können auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Wer hätte gedacht, dass der Krieg noch vor dem Jahr 2000 auf unseren Kontinent zurückkehrt, und das nur eineinhalb Flugstunden von uns entfernt? Tatsache ist,

dass viele Konfliktgebiete heute näher liegen als unsere Ferienzeile.

Für die künftige Bedrohung müssen wir uns mit der notwendigen Flexibilität wappnen. Überall werden Armeen verkleinert, aber die Ausgaben werden nirgends halbiert, auch dort nicht, wo die Armeen zum Teil stark redimensioniert werden. Wenn es um die Sicherheit von Land und Bevölkerung geht, ist eine Limitierung der Militärausgaben geradezu fahrlässig.

Laut einer Anfang Jahr gemachten Umfrage hält es die Hälfte der befragten Personen für unehrenhaft, wenn sich unbewaffnete Schweizer Soldaten bei ihren Friedenseinsätzen von Soldaten anderer Nationen schützen lassen müssen. Die Schweiz hat ihr Engagement zur Sicherung und

Stabilisierung des internationalen Friedens in den letzten Jahren im Sinne der neuen sicherheitspolitischen Strategie «Sicherheit durch Kooperation» stark ausgebaut. Bei einer Halbierung der Ausgaben für Armee und Militär hätte dies auch in diesem Bereich tiefgreifende Konsequenzen.

ABSTIMMUNG  Sozialwerke langfristig sichern

2-mal Nein zur Aushöhlung der AHV

Trotz akuten Finanzproblemen bei der AHV will die politische Linke das Rentenalter senken. Diese fahrlässige Demontage unseres wichtigsten Sozialwerks ist entschieden abzulehnen.

Die Menschen werden zusehends älter. Diese an und für sich sehr erfreuliche Entwicklung bereitet der AHV schon seit längerer Zeit finanzielle Probleme. Gibt man nicht schleunigst Gegensteuer, wird die demographische Entwicklung zur Folge haben, dass die während Jahrzehnten angesparten Reserven binnen weniger Jahre aufgebraucht werden.

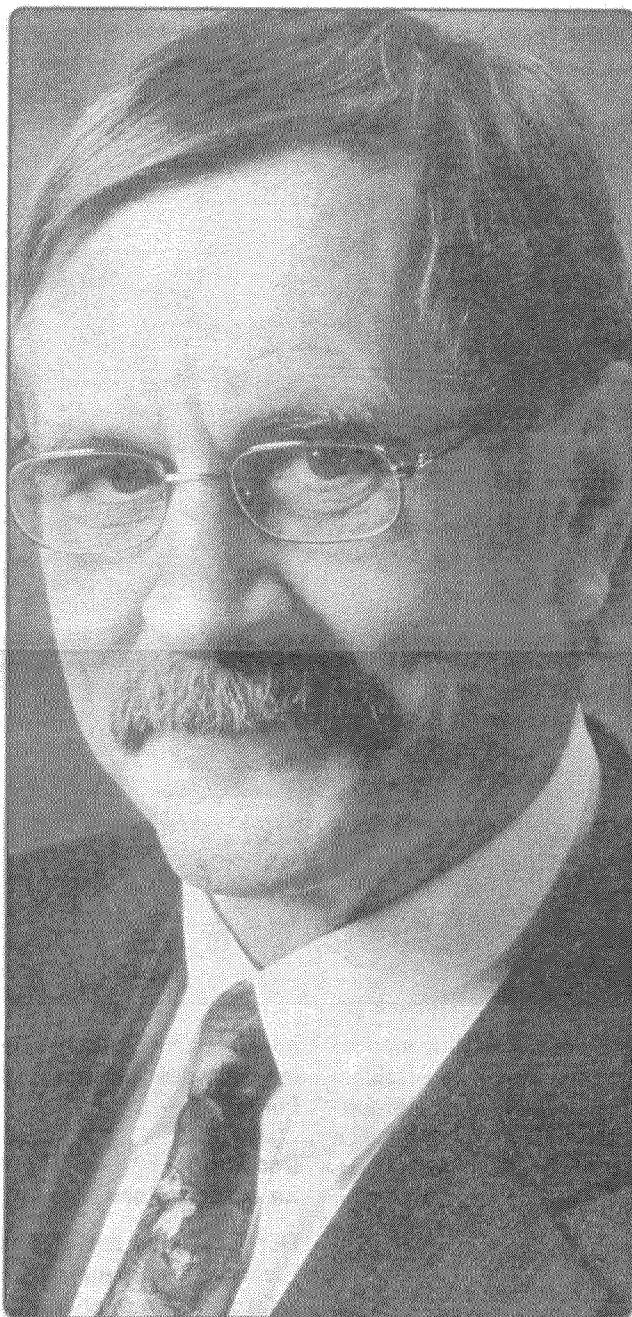
Völlig quer zu diesen Perspektiven verlangt die politische Linke, dass das Rentenalter auf 62 Jahre gesenkt wird. Für unsere AHV hätte dieser Schritt verheerende Folgen:

■ Die Zukunft unseres wichtigsten Sozialwerks würde fahrlässig aufs Spiel gesetzt.

■ Es würde leichtfertig ein Generationenkonflikt provoziert. Ältere Personen würden aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen, jüngere hätten stets grössere Lasten zu tragen.

■ Der AHV entstünden Zusatzkosten von 2,5 Milliarden Franken. Die Steuern und Abgaben müssten abermals angehoben werden, was nicht mehr zu verkraften wäre.

Der AHV kommt in der Schweiz eine staatstragende Bedeutung zu. Wer sie durch überrissene Forderungen leichtfertig aufs



Von Dr. Pierre Triponez, FDP-Nationalrat, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Bern.

Spiel setzt, gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. In diesem Sinne stellen die utopischen und weltfremden Initiativen ein unverantwortbares Sozialabenteuer auf Kosten der kommenden Generationen dar.

Unsere Partei hat an ihrer a. o. DV in Glarus denn auch mit aller Deutlichkeit beschlossen, für die Volksabstimmung vom 26. November 2000 den Stimmbeteiligten ein Nein zu diesen beiden Initiativen zu empfehlen.

2-mal Nein

... zur Gefährdung unseres Sozialwerkes

Die Zukunft der AHV-Finzen ist düster. Ohne Gegensteuer steigt das jährliche Defizit bis 2010 auf fast vier Milliarden Franken. Die angesparten Reserven werden im Nu aufgebraucht sein. Die Initiativen würden die AHV vollends ins Chaos stürzen.

... zu einem verantwortungslosen Generationenkonflikt

Mit den Initiativen werden ältere Leute aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen. Junge zahlen dafür mehr. Das sät Unfrieden und gefährdet den Zusammenhalt.

... zu weltfremden Utopien

Immer mehr Menschen werden zusehends älter. Immer weniger Erwerbstätige haben die finanziellen Lasten der AHV zu tragen.

... zu noch mehr Steuern und Abgaben

Unsere Sozialwerke sind finanziell angeschlagen. Allein zur Erhaltung des bisherigen Leistungsniveaus von AHV und IV will der Bundesrat die Mehrwertsteuer in den nächsten Jahren um 2,5 Prozent anheben.

... zum unverantwortlichen Sozialabenteuer

Die von den Initianten geforderte Senkung des Rentenalters kostet die AHV viel Geld. Insgesamt mindestens 2 000 000 000 Franken jährlich.

... zur Schwächung unserer Wirtschaft

Die Initiativen lösen die Probleme des schweizerischen Arbeitsmarktes nicht. Im Gegenteil, sie verschärfen sie.

... zur Zwängerei und politischen Irrfahrt

Das Schweizervolk will eine sichere AHV. Volk und Stände haben seit 1978 bereits viermal eine Senkung des Rentenalters abgelehnt.

... zu längst überholten Begehren

Die beiden Initiativen verkennen, dass das Rentenalter bereits mit der 10. AHV-Revision flexibilisiert wurde.

... zum Weg ins Abseits

Eine Senkung des Rentenalters läuft allen internationalen Entwicklungen entgegen.

RÜCKBLICK  Die Herbstsession im Ständerat

Respektieren des Volksentscheides

Eine gewichtige Traktandenliste sorgte im Ständerat für eine interessante Herbstsession. Zum einen galt es, die Pendenzen vom Sommer aufzuarbeiten, und andererseits standen neue Geschäfte, parlamentarische Vorstösse und Differenzvereinbarungen zur Beratung.

VON STÄNDERAT
PETER BRINER,
SCHAFFHAUSEN

Nach dem erneuten Festhalten des Nationalrates an einem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zu Europa» hielt der Ständerat an seinem Nichteintretensantrag fest. Er tat dies aus Respekt vor dem positiven Volksentscheid zu den Bilateralen und den dazu abgegebenen Beteuerungen, dass damit zuerst Erfahrungen zu sammeln seien, bevor weitere europapolitische Weichen gestellt würden. Auch sei sauber und transparent abzuklären, ob überhaupt ein EU-Beitritt besser als andere Optionen geeignet sei, die in der Bundesverfassung verankerten Staatsziele zu erreichen. Damit hat der Ständerat das bundesrätliche «strategische Ziel» eines Beitritts (zumindest) relativiert. Mit dem Nein zu einem Gegenvorschlag liegt es nun an den Initianten zu entscheiden, ob sie ihre unbehelfliche Volksinitiative zur Abstimmung bringen oder zurückziehen wollen.

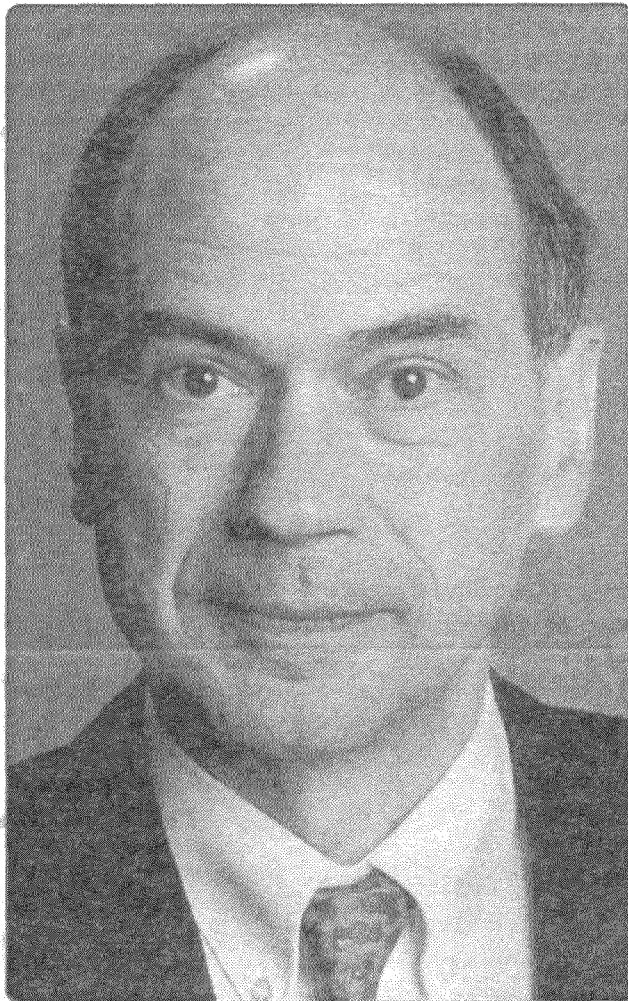
Mit knappem Mehr beschloss der Ständerat zum Thema Schwangerschaftsabbruch, der Fristenlösung den Vorzug zu geben. Dies allerdings unter Bedingungen und Inpflichtnahme der Ärzte. Das Geschäft geht zur Differenzvereinbarung

zurück an den Nationalrat und wird zudem wegen penderter Volksinitiativen noch länger nicht vom Tisch sein.

Nach der Volksabstimmung über die Energievorlagen war der Weg frei für die Beratung des Elektrizitätsmarktgesetzes. Hier konnten weitgehend einvernehmliche Lösungen getroffen werden, die es den verschiedenen Akteuren der Elektrizitätswirtschaft erlauben werden, im liberalisierten Markt im volkswirtschaftlichen Interesse zu stehen. Die wenigen Differenzen zum Nationalrat lassen hoffen, dass dieses Geschäft nun auf der Zielgeraden liegt.

Gesetze der Entwicklungsanpassung

Mit dem neuen Heilmittelgesetz wird das interkantonale Konkordat zur Registrierung von Heilmitteln einer neuen bundesrechtlichen Lösung zugeführt. Gleichzeitig mussten die oft divergierenden Interessen von Apothekern, Drogisten, Versicherungen und Konsumenten und der Pharmaindustrie unter einen Hut gebracht werden. Parallelimporte nicht patentierter Arzneimittel sind neu zugelassen. Ob dies, wie argumentiert wird, zu tieferen Gesundheitskosten führen wird, bleibt abzuwarten. Im Mutterschutz wurde mit einer



Revision des Obligationenrechts eine Lücke geschlossen, indem die Lohnfortzahlung auf acht Wochen nach der Niederkunft festgelegt wurde. Weiter mochte der Rat nach der ersten, kürzlich vom Volk deutlich verworfenen Mutterschaftsversicherung nicht gehen.

In der Beratung des Konsumkreditgesetzes kam es zu verschiedenen Differenzen zu den Ergebnissen im Nationalrat. Hier geht es im Wesentlichen um die Abwägung zwischen dem Schutzbedürfnis und der Eigenverantwortlichkeit von Kreditnehmern und -gebern

im Zeitalter der Kreditkarten und des Lebens «auf Pump».

Der Bund im «E-Zeitalter»

Der Ständerat hat grünes Licht gegeben zur neuen Informatik-Konzeption des Bundes, Nove-IT, einem anspruchsvollen Projekt. Angesprochen ist dabei in erster Linie die strategische Verwaltungsführung, verbunden mit Veränderungen in der Organisation, den Abläufen und finanzieller Transparenz. Die eigentliche technische Plattform ist dazu lediglich das Instrumentarium. Der Return die-

ser Investition liegt in Einsparungen von jährlich 130 Millionen Franken.

Beraten bzw. überwiesen wurden auch eine Interpellation und ein Postulat der Freisinnigen, E-Government und E-Switzerland. Dabei zeigt es sich, dass der Bundesrat brauchbare Vorstellungen hat, wie er die neue Technologie in unserem Land fördern und sowohl für die Verwaltung wie auch für den Verkehr mit den Bürgerinnen und Bürgern nutzen will. Die weitere Entwicklung erfordert natürlich «Geld und Geist» sowie Beharrlichkeit. In nicht allzu ferner Zeit sollten wir über einen «Guichet virtuel» sämtliche Amtsgeschäfte erledigen können. Ob und wann wir auch per Mausclick unsere Volksrechte («E-Voting») wahrnehmen können, kann hier offen bleiben. Wichtig für unsere Volkswirtschaft ist, dass wir die Herausforderung dieser Entwicklung bestehen werden.

Ausser den oben aufgeführten Geschäften umfasste die Traktandenliste noch ungefähr 60 weitere Positionen. Das ist beachtlich. Mir scheint, dass Zurückhaltung am Platz wäre. Nicht alle unsere Wünsche und Anliegen können vom Bund gelöst werden – sollen sie auch nicht! Die Aufhellungen am Budget-Horizont lassen da und dort vergessen, dass wir einen Schuldenberg von über 100 Milliarden Franken vor uns herschieben!

« IHRE VERSICHERUNG ZAHLT 250 FRANKEN.
DAFÜR MACHEN WIR ENTWEDER
DIE ANÄSTHESIE ODER
DIE AMPUTATION -
NA? »



« FÜR TIEFERE SPITALKOSTEN » -
GEGEN FÜNFER UND WEGGLI
IM GESUNDHEITSWESEN

Karikatur Andreas Töns

2x NEIN

zur **Demontage** unserer

AHV

26. November 2000
www.gegen-ahv-demontage.ch